

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckschrift: Tageblatt Riesa.
Grenz Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsbaudienststelle beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postfachkontor: Dresden 1830
Grenz Nr. 22.

Nr. 246.

Freitag, 20. Oktober 1922, abends.

75. Jahr.

Bekanntmachung.

I. Die Kreishauptmannschaft Dresden hat am 18. Oktober 1922 endgültig angeordnet, daß gemäß dem Reichsmietengesetz für die Stadt Riesa vom 1. Oktober 1922 ab folgende Mietzölle zur Grundmiete zu gelten haben:

Bestandskosten	20%
laufende Instandsetzungsarbeiten	180%
grohe	80%

Für die Betriebskosten soll ein Berechnungssatz gemäß § 5 Absatz 4 der Ausführungsanwendung zum Reichsmietengesetz eingesetzt werden. Die erforderliche Genehmigung durch das Landeswohnungskontor ist bereits beantragt, steht aber noch aus.

II. Von den laufenden Instandsetzungsarbeiten werden als Nebenkosten, die sogenannten Schönheitsvorrichtungen angenommen, wie sie in den Richtlinien, welche zwischen dem Hausbesitzerverein und dem Mieterverein vereinbart sind, unter C. Abs. 3b Seite 8 und 9 näher erläutert sind. Die Kosten für die Glasversicherung tragen diejenigen Mieter, für die sie entstanden sind.

III. Die Grundmiete ergibt sich aus der Friedensmiete vom 1. Juli 1914 abzüglich 15%. Im Zweifelsfalle erfolgt Feststellung durch das Wiedereinigungskontor.

IV. Danach ist die geistliche Miete durch die Vermieter zu berechnen und den Miatern mitzuteilen. Bei Streitigkeiten über die Höhe derselben entscheidet das Wiedereinigungskontor.

Riesa, den 19. Oktober 1922.

Der Rat der Stadt Riesa.

Hentiger Dollarkurs (amtlich): 3551 Mark.

zählen, was in Erlangen aus diesem Gebiet der evangelischen Diaspora berichtet worden ist.

— Obstdiebstahl. An der Nacht zum 19. Oktober sind in dem eingezäunten Gartengrundstück des biegsigen Fremdenhofs „Zum Stern“ etwa 5 Zentner Apfel (Landsberger Reinette), etwa 40 Pfund Apfel (Baumanns Reinette), etwa 50 Pfund Apfel (Weißkettiner) und ein Posten Winterbirnen (Flaschenbirne) geklaut worden. Es hat sich hierbei ausschließlich um ausgewählte große Spalierfrüchte gehandelt. Der Verlobte hat für die Ermittlung der Täter und Wiedererlangung der gestohlenen Früchte 1000 Mark Belohnung ausgeschaut.

— Fahrraddiebstahl. Am 17. 10. 1922, nachmittags gegen 2 Uhr, ist aus dem Fahrradschuppen des Eisenwerkes Linke-Hofmann-Lauschaum ein Herren-Fahrrad (Marke „Panzer“, Nummer unbekannt, hohe bronzierte Lenkstange, schwarzer Rahmenbau, hinten neue Bereifung, vorn neuer Mantel, mit zwei parallellaufenden Sattelrohren, Wert 15000 Mark) gestohlen worden. Sachdienstliche Wahrnehmungen erblitten der Kriminalposten.

— Musikalische Darbietungen im Krankenhaus. Am Sonntag, 22. Oktober, nachm. von 5-7 Uhr findet das 3. Konzert des Gröbaer Bürger-Musik-Quintetts unter Leitung seines Dirigenten Herrn A. G. Franz im städtischen Krankenhaus in Riesa statt.

— Gesellschaft „Fidelitas“. Ihr 28. Stiftungsfest begann abend im gesäumten Saal des Hotel Höpfner die Gesellschaft „Fidelitas“. Mit einem gut gespielten Konzert der Dresdner Kapelle wurde das Fest eingeleitet. In Beiderhaltung des 1. Vorsitzenden wurden die Ehrenmitglieder vomstellvertretenden Vorsitzenden, Herrn E. Hammrich, begrüßt und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß es dem Verein gelingen möge, mit dem heutigen Abend seinen Mitgliedern und Gästen in der jetzigen schweren Zeit wenigstens einige angenehme Stunden zu bereiten. Im weiteren Verlauf des Abends wurden dann zwei langjährige bewährte Mitglieder des Vereins entsprechend geehrt. Die Temperatur im Saale ließ schon fühlen, daß man sich nicht mehr weit vom Winter befindet, und umso intensiver wurde dann von alt und jung das Tanzbein geschwungen. —

— Minister Hellisch über die bayerische Denkschrift. Wirtschaftsminister Hellisch nimmt in der „Sächsischen Staatszeitung“ das Wort zu den neuen Teuerungsdenkschriften des Kreisrates Bayern (siehe die gestrige Nummer des „Ries. Tagebl.“). Er sagt u. a.: „Wenn Bayern tatsächlich mit einer Teuerungsdenkschrift an das Reich herangetreten ist, so hält es vielleicht an Sachsen her; denn die sächsische Regierung hat bereits im Juni d. J. in einer ausführlichen Denkschrift auf damals drohende Gefahren hingewiesen, die nun zur Tatfahre geworden sind und eine so eindringliche Sprache reden, daß man sich endlich in der Reichsregierung befriedigen möchte, nun einmal mit rauher Hand in das vermeidbare Betriebe dieser privatkapitalistischen Wirtschaftsweise einzutreten. Die sächsische Regierung hat nunmehr an das Reich die Forderung gestellt, was es mit den bloßnachrichten über die bayerische Denkschrift eigentlich auf sich habe. Es ist wohl ein durchaus wichtiges Verlangen der Regierung eines deutschen Freistaates, wenn sie sich in Anspruch nimmt, vom Reich über solche Dinge unterrichtet und vor Erfaß von solch ernsthaften wirtschaftspolitischen Verordnungen gehört zu werden. Selbst die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ geben jetzt zu, daß die sächsische Wirtschaft nicht mehr haltbar sei, weil an Stelle der ehemaligen Kriegsbilade für Deutschland jetzt die Dollarbilade eingeht.“ — Die „Leipz. N. R.“ bemerkten hierzu: „Herr Hellisch, der offen zugeben muß, daß er die Denkschrift der bayerischen Regierung noch nicht genau kennt, läußt sich über die Bedeutung dieser Denkschrift und seiner eigenen, im Juni verfaßten. Die im Juni verfaßte Denkschrift der sächsischen Regierung ging so wenig auf die außenpolitischen Aktionen, die vor allen Dingen in der Reparationspolitik liegen, ein, während die bayerische das Grundziel in ihr erblickt. Auch in unserem Artikel, aus dem nur gewisse Stellen aus dem Zusammenhang gerissen wiederholt werden, wurde das nachdrücklich betont.“

— Kirchliches. Der Riesaer Evangelische Kirchenchor Gustav-Adolf-Stiftung feiert — siehe die Einladung auf Seite 4 — nächsten Sonntag in der Kirche zu Gröba sein Jahresfest. Der Gustav-Adolf-Kirchenchor hat gegenwärtig besonders grohe Aufgaben, weil er den unterpolnischen Oberhaupt getrennten evangelischen Glaubensbrüder helfen muß, daß sie unter der Unkenntnis, die sie von den Polen erleiden müssen, ihres Glaubens weiterleben können. Das Berichterstattung wird auch davon er-

mit ich auch der ständige Ausschuß des Reichseisenbahnrates grundsätzlich einverstanden erklärt hat. Die am 1. November in Kraft tretenden Fahrpreise des allgemeinen Verkehrs werden mit Wirkung vom 1. Dezember 1922 ab um weitere 100 v. H. also auf das vierfache der vom 1. Oktober ab geltenden Tarifhöhe erhöht. Die Erhöhung soll in der Weise durchgeführt werden, daß sämtliche Fahrtausweise zum vierfachen Tage ihres ausgebrachten Preises verloren werden; eine Übersteuerung der Fahrtausweise erfolgt nicht. Die Erhöhung um 100 v. H. erträgt sich auch auf die Schnellzugszuschläge, die Militärfahrpreise und die verschiedenen Gebührensätze mit Ausnahme der Sätze für Grub und Expresszug. Die Grubfahrt wird zum 1. Dezember 1922 auf 40 Pf. (bisher 15 Pf.) für je 10 Kilogramm und 1 Kilometer erhöht. Die Grubfahrt für die Berechnung und Aufrundung der Grubfahrt bleiben unverändert. Die Mindestfahrt wird auf 20 Mark (bisher 15 Mark) festgesetzt. Der Expressfahrttarif entlastet jeweils den um 60 v. H. erhöhten Zugfahrttarif. Die Gebühren für Bahnsteigarten und Erlaubnisplatten zum Betreten der Bahnsteige zum Aufgeben oder Abholen von Getriebefahrzeugen werden gleichfalls auf das vierfache erhöht. Über die Preise der Posttarife folgt besondere Bestimmung.

— Volksströmlicher Laienbund und Landtagwahl. Die kirchlichen Forderungen zur Landtagswahl hat jedoch der Volksströmliche Laienbund für Sachsen veröffentlicht und den Leitungen der politischen Parteien zur Neuherung überliefert. Sie lauten: Erhaltung der kirchlichen Feiertage als staatlich anerkannte Feiertage, Aufhebung des Schulzwangs auch an staatlich nicht anerkannten Feiertagen, volle Entfaltungsfreiheit für die evangelische Volkschule, christliche Grundlage für unterfamiliale Erziehungswesen, keine besondere Anmeldung zum Religionsunterricht der Schule, Ablösung der Staatsleistungen an die Kirche nach den Grundzügen der Gerechtigkeit und Billigkeit unter Berücksichtigung der veränderten Geldverhältnisse. Ferner wird gefordert, daß die Landesträthe zugestandenen Steuerrechte ohne Beschränkung belassen werden, sowie Aufhebung der kirchlichen Bestimmungen des sächsischen Kirchenausübungsgesetzes. Rechterhaltung von Gottsdienst und Seelsorge in den Gefängnissen, Krankenhäusern und anderen Anstalten für Staat und Gemeinde und endlich, daß bei der Verwaltung der kirchlichen Friedhöfe u. Veranstaltungen von Bestattungsfesten den Religionsgemeinschaften volle Freiheit gewährleistet wird. In dem Rundschreiben heißt es ferner, daß die kirchlich gebliebenen Kreise des sächsischen Volkes bei der Landtagswahl nur solche Vertreter wählen würden, die bereit sind, zuverlässig und tapfer für die Rechte der Kirche und der christlichen Elternschaft einzutreten.

— Leipzig. Das Haus Mirus ist nunmehr von der Stadt Leipzig auf 25 Jahre gepachtet worden. Es sollen darin Kleinwohnungen eingebaut werden. Haus Mirus, mit seinem wildromantischen Park, ist weit über Sachsen-Grenzen hinaus bekannt und berühmt. Die sächsischen Könige, von König Johann an, die gute Beziehungen zur Familie Mirus unterhielten, haben wiederholt im Haus Mirus gewohnt, wenn ihr Weg sie in unsere Gegend führte.

— Rosen. Ein großer Unfall wurde kürzlich nachts vor zwei bei Gutsbesitzern in Rötha in Diensten stehender Magdeburg verübt. Dieselben schleppen vom Grundstück des Herrn Stellmachermeisters Richter zwei lange Holzstämme weg und legten sie quer über die abschüssige Staatsstraße Rötha-Döbeln. Ein die Straße herabfallender Nadler kam an der Stelle zum Sturz, erlitt aber glücklicherweise keinen Schaden. Bevor ein größeres Unglück geschah, konnte die Gefahr aus dem Wege geräumt werden. Die Kriminal-Gendarmerie hat die Täterinnen ermittelt, sie seien einer entsprechenden Strafe für die unerhörte Freveltat entgegensegestellt.

— Wickerstall bei Geithain. Ein Gutsbesitzer stand hier auf seinem Krautacker einen kleinen, aus rotem Gummistoff hergestellten Ballon mit angehefteter gedruckter Karte und aufgeklebter unentwerteter Einpenny-Briefmarke. Der Ballon ist in Stourbridge angespannt worden, einer Stadt in der Grafschaft Worcester, zwischen London und Birmingham gelegen. Jedenfalls ist es interessant, daß solch kleiner, wahrscheinlich mit Wasserstoffgas gefüllt gewesener Ballon die 1200 km betragende Lustreise aus dem Innern Englands über den Kärmischen Kanal, Nordfrankreich, die deutschen Mittelgebirge unaufgeklärt zurückgelegt und sein Endziel hier gefunden hat. Oder haben sich hier weilende Engländer einen Scherz gemacht?

— Leipzig. Der Kriminalpolizei war Anzeige darüber erstattet worden, daß in einem Grundstück im Weizen der Stadt Witten aus den Verständen der früheren Zeitfreiwilligen lagerten. Es wurden dort auch tatsächlich in einem Kellerraume 2 Minenwerferplatten, etwa 50 Handgranaten

Lloyd George zurückgetreten.

Bonar Law mit der Kabinettbildung betraut.

Rücktritt des gesamten englischen Kabinetts.

Reuter meldet aus London: Die Regierung hat beschlossen, sofort zurückzutreten. Der König hat das Rücktrittsgesetz von Lloyd George angenommen.

Reuter meldet weiter aus London: Dem Bericht nach, hat Bonar Law den Auftrag, ein Kabinett zu bilden, angenommen. Von unterrichteter Seite wird mitgeteilt, Bonar Law habe dem König mitgeteilt, daß es notwendig sei, die unionistischen Mitglieder des Oberhauses und des Unterhauses zu einer Versammlung einzuberufen, damit diese seiner Politik ihre Billigung erteilen könne, bevor er die Verantwortung für die Bildung des Ministeriums übernehme.

Von der gestrigen Vormittagssitzung der Konservativen im Carlton-Hotel in London werden folgende Einzelheiten bekannt: Zu Beginn der Sitzung gab Chamberlain eine Erklärung im Sinne seiner Rede in Birmingham vom letzten Freitag ab und sprach sich zugunsten der Aufrechterhaltung der Koalition aus, die nach seiner Ansicht der legitime Vorsitzende entgegenstehende Wall sei. Er gab klar und deutlich zu verstehen, daß, wenn man den Rat der unionistischen Führer aufzuheben würde, die letzteren eine derartige Zurückweisung nur als verhängnisvollen Fehler betrachten könnten. Die Rede Chamberlains wurde früh aufgenommen. — Der Präsident des Handelsministeriums Baldwin sprach sich gegen die Beibehaltung der Koalition und für die Rückkehr der konservativen Partei zu ihrer vollen Unabhängigkeit aus. Die Schlussfolgerungen seiner Rede wurden mit stürmischen Beifall aufgenommen. Der Hauptheimlicher der Unionistischen Partei Balfour teilte mit, daß er für die Beibehaltung der Koalition stimmen werde. Balfour wurde mehrmals während seiner Rede unterbrochen. Er erklärte, die Koalitionsregierung hätte nichts getan, was gegen das konservative Prinzip verstößt. Mehrere Abgeordnete unterbrachen ihn mit den Rufen: "Indien und Irland!" Bonar Law war einer der Hauptredner gegen das Weiterbestehen der Koalition. Die Konferenz beschloß mit 180 gegen 87 Stimmen, bei Neuwahlen als Unabhängige konservative Partei an das Band zu appellieren. Ein Antrag auf Auflösung der Regierung wurde zum Beschluss erhoben.

Der Rücktritt der Regierung ereignete, obwohl er nach dem Ergebnis der unionistischen Zusammenkunft im Carlton-Hotel zu erwarten war, ungewöhnliches Aufsehen. Die Blätter nennen das Ergebnis der konservativen Versammlung den Todesstich für die Koalitionsregierung und weisen darauf hin, daß in der kurzen Zeit von zwei Stunden eine Zusammenkunft konservativer Parlamentsmitglieder, die von Chamberlain eigentlich dazu einberufen worden war, um seine Politik anzunehmen, diese über Bord geworfen und die Unabhängigkeit der Partei wiederhergestellt habe. Lloyd George habe dem König angeraten, Bonar Law aufzufordern, eine Regierung zu bilden. Man erwarte, daß nach Bildung der neuen Regierung unter Bonar Law das Parlament aufgelöst wird und Neuwahlen anberaumt werden. Es kann angenommen werden, daß verschiedene unionistische Minister auch weiter zu Lloyd George stehen werden, der, was durchaus nicht unwahrscheinlich erscheint, nach Übernahme der Regierung durch den neuen Premierminister eine neue Partei bilden werde. Bemerkenswert ist, daß die politische Föderation, die Lloyd George in Leeds zu halten beabsichtigte, nicht abgesagt wird.

Die Meldung von dem Rücktritt Lloyd Georges und seines Kabinetts traf kurz nach 1 Uhr nachmittags in Paris ein. Die Ausgaben der Abendblätter verschwanden im Nu in der Druckerei. Die Demission war nach dem Verlust der Verfassung der konserватiven Partei zu erwarten, ebenso, daß der König die Bildung des neuen Kabinetts Bonar Law übertragen werde. Für Frankreich hält der Name Bonar Law keinen sehr erfreulichen Klange, da er jüngst erst die englische Orientpolitik sehr verteidigte und die französische Regierung wegen des Rücktritts von den Vereinigten mit Vorwürfen nicht verhont. Vorläufig aber empfand man in Paris das Verschwinden Lloyd Georges wie das befriedende Ende eines Alpdrucks.

Audrey Bonar Law wurde 1858 in Kanada geboren, seine Tätigkeit aber fand bei einer schottischen Familie entstammende Kaufmann im Eisenrohhandel Englands. Seit 1900 steht er als Mitglied des Parlaments im öffentlichen Leben, und 1911 wurde er Führer der Konservativen, infolge seines schweren Eintretens für den Schutz im Kriege wurde er in der ersten Koalitionsregierung unter Asquith Staatssekretär für die Kolonien und Mitglied des Kriegskomitees. Bei dem Rücktritt Asquiths lehnte er die Kabinettbildung ab, für die er Lloyd George in Vorstellung brachte. Als Führer des Unterhauses und als Lord-Siegelbewahrer bekleidet er aber großen politischen Einfluß. Am 17. März 1921 trat Bonar Law unvermittelt "aus Gesundheitsgründen" aus dem Kabinett Lloyd Georges aus, und schon damals wurde die Frage des Bruchs der Koalition angeschnitten, die jetzt ihre Entscheidung finden wird.

Frankreich verzichtet auf Sanktionen.

Das "Echo de Paris" schreibt: Eine neue Beratung der französischen Sachverständigen hat Mittwoch im Kabinett des Ministerpräsidenten stattgefunden. Zuerst schien es, daß Barthou am Freitag einen vollkommenen französischen Gegenplan unterbreiten würde, der umfassende Reformvorschläge der Finanzen und des Währungssystems in Deutschland, gegebenenfalls unter Pfändnahme und Androhung von Sanktionen, enthalten sollte. Schließlich scheint man sich jedoch dahin geeinigt zu haben, die Frage nicht in ihrem ganzen Umfang vor die Reparationskommission zu bringen. Barthous Gegenvorschlag wird deshalb ohne Zweifel nicht von Frankreich und Spanien unterstützt werden, vor der die französische Regierung ihren Standpunkt zu entwickeln gedenkt.

Das "Petit Journal" sagt: Die Nachricht bestätigt sich, daß der französische Vorschlag nicht von Pfändern und Sanktionen spricht. Das französische Memorandum werde sich mit drei Fragen beschäftigen, mit dem Budgetausgleich, mit der Währungsreform und mit der Frage der inneren und äußeren Neutralität.

Auf der in Leicester (England) eröffneten Jahresversammlung des Verbands der englischen Handelskammern brachte Sir Albert Hobson (Sheffield) eine Einschätzung über die deutschen Reparationen ein, worin es heißt, daß ein Ausstich ernannt werden soll, um die Reparationsfrage zu prüfen, damit der Vollzugsrat der Handelskammern der Regierung seine Ansicht unterbreiten kann. Sir Albert Hobson erklärte, eine Revision des Berliner Vertrages sei unvermeidlich, und wenn eine Revision stattfinden muße, so sollten die Geschäftsfleute in ihrem Interesse bei dieser Revision und bei der endgültigen Regelung für ermäßigte Forderungen an Deutschland eintreten. Ohne eine Revision sei Deutschland nicht in der Lage, der Inflation das Steuerzettel-Monopol zu entziehen. Bei dem

momentlichen Stand der Dinge könne die Inflation ohne Unterstützung oder Druck von außen nicht aufzuhalten werden. Nach seiner Ansicht beträfe der für die Inflation zur Verhöhung nehmende Umlaufschub deutscher Waren nicht mehr als 120 Millionen Pfund Sterling im Jahre, und dieser Umlaufschub sei entscheidend für die Banknoten, die Deutschland zu leisten habe. Er lehne den voluntaristischen Gedanken, Deutschland 40 oder 50 Jahre lang unter dem Druck der Reparationen zu halten, ab, und befürwortet ein Abkommen, das eine Beendigung der Reparationszahlungen in etwa 20 Jahren vorsehe. 120 Millionen für diese Periode erschienen als das Neuerste, was man erwarten könne.

Die Orientkonferenz.

Wie "Petit Parisien" mitteilt, schlägt die französische Regierung als Ort der Friedenskonferenz Lausanne oder Lugano vor. Die Türkei lehne es ab, nach Südtirol zu gehen. Sie sei für Sizilien, Florenz oder Lugano. Das Blatt glaubt, daß die Konferenz in Lugano stattfinden wird.

Der Moskauer Korrespondent der "Chicago Tribune" erklärt, in der Lage zu sein, auf Grund von Erklärungen Tschischkins das russische Programm für die Dardanellen-Konferenz wie folgt zusammenzustellen: 1. Rußland unterstellt die territorialen türkischen Ansprüche. 2. Rußland unterstellt die Souveränitäts-Ansprüche der Türkei auf die Küsten des Meerenges. 3. Rußland ist gegen die Besetzung der gegenwärtigen oder Bildung neuer neutraler oder internationale Zone. 4. Rußland ist gegen jede Kontrolle durch den Balkanbund. 5. Rußland ist gegen jedes von einer auswärtigen Macht über die Dardanellen oder sonstige türkische Gebiete ausgedrückte Mandat oder Kontrolle. 6. Rußland unterstellt die Freiheit der Handelsfahrt in den Meerengen im Einstrom mit dem Souveränität der Türkei.

Die Blätter melden, kommt in der türkischen Presse in Ankara eine scharfe Missbilligung gegen Frankreich und Italien zum Ausdruck. Die Türkei fühlt sich von diesen beiden Mächten, die von der Türkei ausgegebenen Verpflichtungen unter großer Belastung. In der Medienförderung der Koalitionen wird eine der Hauptziele zur Lösung der Dardanellenfrage bestimmt, besonders aber unterstrichen die Regierungspartei in Ankara, daß die türkischen Siege in der Hand Frankreichs eine Waffe geworden seien, um England zur Nachgiebigkeit in den Fragen der Reparationspolitik zu zwingen. "Times" meldet aus Konstantinopel, die dortige französische Handelskammer habe an die französische Regierung und an die Mitglieder der französischen Kammer einen scharfen Protest gerichtet, der sich gegen die Regierung von Ankara und gegen die Aufhebung der Kapitulationsrechte richtet.

Blättermeldungen zufolge haben Vertreter französischer Panzer-Grenadiere Land eine Anleihe von 500 Millionen Francs angeboten.

Warmszenen im preußischen Landtag.

Im Laufe der Besprechung der großen Anträge im preußischen Landtag über die Voraussetzung am 27. Oktober von Sonntags ergriffen unter großem Zorn bald von der Rechten, bald von der Linken nacheinander der Sozialdemokrat Nobold, der Deutschnationale Kippel, der Volksparteier von Kunnen und der Kommunisten. Nobold bald gegen die Polizei, bald gegen die deutschnationalen Vertreter der Versammlung vom Sonntag, bald gegen die kommunistischen Demonstranten. Unter wütendem Lärm auf den von Kommunisten reich besetzten Tribünen wurde die Beratung am Freitag verschoben.

Der Bund für Freiheit und Ordnung. Die Note "Bonne" veröffentlicht am Mittwoch weitere Mitteilungen über die Zusammensetzung des Bundes, der diesen Angaben aufgabe am Karlsbad 10 zusammen mit der Reichs-Zentrale Berlin seinen Sitz hat und den die aufgelösten, aber unter anderen Namen weiter existierenden Selbstschutzbünden angehören sollen. Auch verborgene Organisationen in Sachsen, wie beispielweise die Brüder vom Stein, sollen mit diesen Adressen in Verbindung stehen.

Die Goldschrankanweisungen.

In der Frage der Ausgabe der Goldschrankanweisungen sind die Beratungen der Reichsregierung mit den Sachverständigen zum Abschluß gekommen. Die Einzelheiten des Planes für die Ausgabe der Schrankanweisungen werden jetzt durch die Reichsregierung festgelegt werden. Für die deutschen Goldschrankanweisungen ist, wie den Berliner Blättern mitgeteilt wird, die Goldmiliarden der Reichsbank als Deckung nicht vorgesehen; die Einlösung der Goldschrankanweisungen in Gold kommt nicht in Frage. Für die Anweisungen haftet das Reich, nicht die Reichsbank.

Die Frage des Frauenzuschlags.

Über die Frage des Frauenzuschlags für Beamte, über die zwischen den Organisationen und der Regierung keine Einigung erzielt werden konnte, wurden unter den Parteien des Reichstages Verhandlungen geführt, die ergeben, daß sich für den von der Regierung geforderten prozentualen Frauenzuschlag im Reichstag keine Mehrheit findet. Es wurde aus je einem Vertreter der Parteien eine Substitution gebildet, die sich heute vormittag mit der Anwaltschaft beschäftigen soll.

Der Haushaltsausschuk des Reichstages

hat die §§ 2 und 3 des Gesetzentwurfs zur Feststellung eines vierten Haushaltsetschats für das Rechnungsjahr 1922 angenommen. Darin wird der Reichsfinanzminister ermächtigt, zur Besteitung der im Haushaltspol der 1922 vorliegenden einmaligen außerordentlichen Ausgaben 120 Milliarden Mark im Anleihenwege flüssig zu machen. Die auszugebenden Schuldenverbindungen, Schrankanweisungen und Reichsschulden, sowie die etwa zugehörigen Binschweine können sämtlich oder teilweise auf ausländische oder auch nach einem bestimmten Wertverhältnis gleichzeitig auf inländische und ausländische Währung, sowie im Auslande zahlbar gestellt werden.

Admiral Scheer vollparteilicher Spionenkandidat für Überschreiten. Die Deutsche Volkspartei wird zur Reichstagswahl in Überschreiten, die bekanntlich am 19. November 1922 stattfinden soll, als Spionenkandidaten den Admiral Scheer aufstellen.

Aus dem Kapitel „Kriegsausbruch“ der Erinnerungen Kaiser Wilhelms II.

Ergebnisse und Geheimen.

Copyright 1922 by the Masure Newspaper-Syndicate. Publication and Translation rights reserved, including Scandinavian, reproduction in whole or in part without permission prohibited.

Kurz vor Erscheinen des Buchausgabe, — am 20. Oktober wird das Werk in jeder Buchhandlung zu haben sein — bringen wir mit Erlaubnis des Verlages A. F. Kocher in Leipzig den Teil des Anlasses des Kapitels „Der Kriegsausbruch“, in dem der Kaiser nochmals überzeugend Deutschland Schuldbefreiung der plausiblen Vorbereitung des Krieges durch unsere Feinde gegenüberstellt.

Unzählig sind die Zeugnisse dafür, daß schon im Frühjahr und Sommer 1914, als bei uns noch niemand an den Angriff der Entente dachte, der Krieg in Rußland, Frankreich, Belgien und England vorbereitet worden ist. Die wesentlichsten der mir bekannten Beweise hierfür habe ich in die von mir zusammengestellten „Vergleichenden Geschichtstabellen“ aufgenommen. Aus ihrer großen Zahl möchte ich hier nur einige anführen. Wenn ich dabei nicht alle Namen nenne, so geschieht das aus begrifflichen Gründen. Dieses ganze Material ist mir natürlich erst nachträglich, z. T. während des Krieges, größtenteils erst nach dem Kriege, bekannt geworden.

1. Schon im April 1914 begann die Ansammlung von Goldreserven in den englischen Banken. Deutschland dagegen führt noch im Juli Gold und Getreide aus, auch nach den Entente-Ländern.

2. Im April 1914 berichtet der deutsche Marineattaché in Tokio Korvettenkapitän v. Knorr: „Er sei geradezu bestossen über die Gewissheit, mit der dort alles den Krieg der Tripleallianz gegen Deutschland in naher Zeit für sicher halte... Es liege etwas in der Luft wie eine Art Beleid über ein noch nicht ausgedrohtes Todesurteil.“

3. Ende März 1914 hält der General Schlesischer Infanterie in Petersburg an seine Offiziere eine Ansprache, in der es u. a. steht: „Der Krieg mit den Dreibundmächten sei infolge der neuen Russlands Interessen gerichteten österreichischen Balkanpolitik unvermeidlich geworden... Höchstwahrscheinlich werde er noch in diesem Sommer zum Ausbruch kommen. Russland sei die Ehre geworden, sofort die Offensive zu ergreifen.“

4. Im Bericht des belgischen Gesandten in Berlin über eine aus Petersburg eingetroffene japanische Militärmission — April 1914 — heißt es u. a.: „In den Regimentsmessen hatten die japanischen Offiziere ganz offen von einem nahe bevorstehenden Kriege gegen Österreich-Ungarn und Deutschland reden hören. Man sagte dabei, daß die

Armee bereit sei, ins Feld zu rücken,

und der Augenblick sei ebenso günstig für die Russen, wie für ihre Verbündeten, die Franzosen.“

5. Nach dem in der Revue des Teuz Monde 1921 veröffentlichten Denkmälern des damaligen französischen Attachés in St. Petersburg, Herrn Valéologue, haben am 22. Juli 1914 in Tarskoje Selo die Großfürstinnen Anastasia und Mittella zu ihm gesagt: „Ihr Vater, der König von Montenegro, hätte ihnen in einem Chiffregramm mitgeteilt, daß wir vor Monatsende (russischer Stil), also vor dem 12. August neuen Krieg führen werden... Von Österreich wird nichts übrig bleiben... Ihr werdet Elsass-Lothringen wiedernehmen... Unsere Heere werden sich in Berlin treffen... Deutschland wird vernichtet werden.“

6. Der frühere serbische Geschäftsträger in Berlin Boghittschewitsch berichtet in seinem 1919 erschienenen Buch „Kriegsurkunden“ eine Neuherzung, die der damalige französische Attaché in Berlin Cambray am 25. oder 27. Juli 1914 zu ihm getan habe: „Wenn Deutschland es auf einen Krieg ankommen lassen will, so wird es auch England gegen Sie haben. Die englische Flotte wird Hamburg forcieren. Wir werden die Deutschen gleich schlagen.“ Boghittschewitsch sagt, er habe von dieser Unterredung die „Gewissheit“ mitgenommen, daß der Krieg, falls nicht schon früher, so doch gewiß bei der Begegnung Boineca's mit dem russischen Kaiser in Petersburg beschlossen worden war.

7. Ein hochgekletterter Russe, Mitglied der Duma und guter Bekannter von Sazonow, erzählte mir später von dem geheimen Kontrakt unter Vorlieb des Barons im Februar 1914, was mir auch durch andere russische, in meinen „Geschichtstabellen“ aufgeführte Quellen bestätigt worden ist: In diesem Kontrakt stellt Sazonow einen Vortrag, in welchem er dem Baron vorbringt, Konstantinopel zu nehmen. Da der Dreibund das nicht zugesenkt würde, werde daraus ein Krieg gegen Deutschland und Österreich folgen. Italien werde von diesen abfallen; auf Frankreich könne man unbedingt rechnen, auf England wahrscheinlich. Der Baron habe zugestimmt und den Befehl gegeben, die nötigen Vorbereitungen zu beginnen. Der russische Finanzminister Graf Aksakov hat dagegen eine Einschrifte an den Baron gerichtet — diese ist mir nach dem Breiter Frieden durch Graf Wrbach mitgeteilt worden —, in der er dem Baron

ein festes Zusammensein mit Deutschland empfahl und vor dem Kriege warnte, der ungünstig verlaufen und zur Revolution und zum Sturze der Donatiste führen werde. Der Baron ist diesem Rate nicht gefolgt, hat vielmehr den Krieg betrieben.

8. Der selbe Herr erzählte mir folgendes: Zwei Tage nach Kriegsausbruch sei er zu Sazonow zum Frühstück geladen gewesen. Dieser sei ihm freudestrahlend entgegengekommen und habe ihn, die Hände reibend, gefragt: „Kun, lieber Baron, Sie müssen doch zugeben, daß ich mir den Moment des Krieges vorzüglich gewählt habe?“ Als der Baron ihn etwas besorgt fragte, wie denn England sich dazu stellen werde, schlug der Minister lächelnd auf seine Tasche und flüsterte dem Baron mit lächelndem Augenzwinkern zu: „Ich habe etwas in meiner Tasche, was in den nächsten Tagen ganz Rußland erfreuen und die Welt in Erstaunen legen wird: Ich habe die englische Suworow erhalten, daß England mit Rußland gegen Deutschland gehen wird.“

9. Russische Gefangene der sibirischen Arme, die in Opreissen gefangen genommen wurden, sagten aus: Sie seien im Sommer 1913 mit der Bahn in die Umgegend von Moskau transportiert worden, weil dort ein Manöver vor dem Baron stattfinden sollte. Das Manöver fand nicht statt. Die Truppen wurden aber nicht zurückgeführt, sondern für den Winter in der Umgegend von Moskau disloziert. Im Sommer 1914 wurden sie in die Gegend von Wilna vorgefahren, weil dort ein großes Manöver vor dem Baron stattfinden sollte. In und bei Wilna seien sie aufmarschiert und dann seien plötzlich die schweren Panzer (Kriegsmunition) ausgegeben und ihnen mitgeteilt worden,

nun sei Krieg gegen Deutschland.

Warum und weshalb, das wußten sie nicht zu sagen.

10. In einem im Winter 1914/15 in der Presse veröffentlichten Bericht eines Amerikaners über seine Reise im Raumhaus im Frühjahr 1914 wird erzählt: Als er zu Anfang Mai 1914 im Raumhaus eingetroffen sei, seien ihm auf seiner Fahrt nach Tiflis lange Kolonnen von Europa aller Waffengattungen in Kriegsvorbereitung be-

